

Dieses Zeitung erscheint jeden Sonntag... Preis monatlich...

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile... Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von H. Vren.

Druck von C. U. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Industrie-Schutzzölle.

Schon das Wort scheint mir falsch zu sein. Mindestens muß es als falsch bezeichnet werden, wenn man etwa sagen wollte, mit Industrieschutzzöllen müsse unsere Industrie geschützt werden.

Das Wort Schutz Zoll hätte also einen, und zwar den Sinn, der ihm innewohnt, wenn mit dem Zoll auf Industrieerzeugnisse wirklich nur der deutsche Markt vor einer Überflutung mit ausländischen Industrieerzeugnissen geschützt werden sollte.

Ubrigens, hat nicht z. B. gerade die chemische Industrie Deutschlands zu allen Zeiten ihre überragende Bedeutung stets betont? Mit anderen Industriezweigen ist es ähnlich.

Wichtigste Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik sei Erhöhung des Absatzes durch Verbilligung und Verbesserung unserer Produkte.

Und da Dr. Dautberg seine Leute jedenfalls kennt, hat er seine berechnete Mahnung auch an den Handel gerichtet, indem er ausführte:

Dabei müsse der Handel davon absehen, durch übermäßige Gewinne eine erhebliche Verteuerung der ursprünglichen Einkaufspreise der Produkte zu bewirken.

Diese Worte können natürlich nicht nur für den reinen Handel gelten, sondern wiederum auch gleichzeitig für die Unternehmer, wenn sie als Verkäufer ihrer Produkte auftreten.

Nach Dautberg sprach dann das neue geschäftsführende Präsidiumsmitglied Geheimrat Kaffl über Produktionsförderung und Absatzgefaltung. Kaffl blies die alte Trompete und meinte sowohl auf dem Gebiete der Arbeitszeit wie des Arbeitslohnes müßten die Arbeiter zu einer vernünftigen Erkenntnis kommen.

technische Stand und die Organisation der Produktion verbessert werden würden. Das Gegenteil ist der Fall. Der staatliche Schutz vor Konkurrenz gestattet ja, die Preise heraufzusetzen, solange sich noch Abnehmer finden.

Daß Schutzzölle die technische Entwicklung hemmen, ist in einer Begründung für die Aufhebung der englischen Autozölle besonders betont. Es heißt:

Die englische Autoindustrie darf sich nicht allein auf den Inlandmarkt einstellen, da dann die Konkurrenzrückfälle sie um so empfindlicher treffen. Man muß sie zwingen, der ausländischen Industrie gegenüber konkurrenzfähig zu werden.

Und der Deutsche Automobilhändlerverband hat in einer Denkschrift den gleichen Standpunkt vertreten, indem dort gesagt wird:

Die deutsche Automobilindustrie hat durch die Einfuhrsperrre bisher eine wesentliche Konkurrenz nicht zu spüren brauchen und sie hat seit Kriegsende Gelegenheit gehabt, ihre Fabrikation den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Die Unternehmer kalkulieren aber auch falsch, wenn sie glauben, mit der Einführung oder Erhöhung der Industriezölle könnten sie nun aus dem vollen schöpfen.

Es kann keine Rede davon sein, daß die Vertiefungen zutreffen, die bezüglich des sogenannten läckenlosen Zolltarifs gemacht werden. Dieser schützt weder alle Unternehmungen, noch erhöht er die Gewinne aller Unternehmungen.

Aber wenn schon die bürgerliche Regierung von ihrem hohen Postament aus den bestehenden Klassen zuruft, "bereichert euch", so ist es erklärlich, daß diese nur zu gern dem Rufe folgen, wenn auch mit dem Gedanken: nach uns die Sintflut!.

Arbeiterkapital.

Von Dr. Ing. Martin Wagner.

In dem Verlage von Martin Hopkins and Company, Ltd., in London, 14 Henrietta Street, Covent Garden, W C 2, ist das von Richard Soeckel geschriebene Buch: "Labour's Money" ("Arbeiterkapital") erschienen, das uns einen sehr lehrreichen Aufschluß über die Bedeutung des Arbeiterkapitals für die Gewerkschaftspolitik gibt.

I.

Die erste Arbeiterbank wurde in Deutschland im Jahre 1923 gegründet. Die erste Arbeiterbank in Amerika entstand im Sommer des Jahres 1920 in Washington.

In Deutschland ist die Arbeiterkapitalbewegung aus der Theorie, in Amerika aus der Praxis heraus entstanden. Die Metallarbeiter der Schiffswerft in Norfolk wurden im Sommer 1920 von ihren Unternehmern ausgesperrt.

Es lag auch ganz im Sinne des Ausbaues und der Konzentration der wirtschaftspolitischen Macht der Gewerkschaften, als der erste Vorsitzende der Metallarbeiter, W. S. Johnston im Frühjahr 1921 nach Mexiko fuhr und mit dem Präsidenten Obregon einen Sachlieferungsvertrag abschloß.

Die Arbeiterkapitalbewegung in Amerika ist eine Bewegung, die durch eigenes Kapital und eigene Banken gestützt werden mußte, wenn sie Realität erhalten sollte. So sehen wir das Entstehen weiterer Arbeiterbanken abhängig werden von einer Neuorientierung gewerkschaftlicher Kampfmethoden.

Am 15. Mai 1920 entstand die Mount Vernon Savings Bank in Washington. Am 1. November 1920 wurde von der Lokomotivführerorganisation die Cooperative National Bank of Cleveland gegründet.

II.

Nach welchen Grundsätzen arbeiten diese Banken im Interesse des Volkes und der gewerkschaftlichen Mitglieder? In fast allen Arbeiterbanken herrscht das Bestreben vor, sich eine Rechtsform zu geben, die es der Bank gestattet, mit den privaten Banken in volle Konkurrenz zu treten.

Die Jobstellen der örtlichen Gewerkschaften werden oft veranlaßt, Kreditgenossenschaften und Kreditvereine zu gründen, die als "Zubringer" für die zentralen Arbeiterbanken auftreten und bei späterer eigener

Entwicklung zu Filialbanken ausgebaut werden. Die meisten Arbeiterbanken Amerikas haben den Spargedanken mit der Lebensversicherung verknüpft. Sofern jeder Sparer monatlich eine bestimmte Summe einspart, legt er sich zugleich auch in den Besitz einer Lebensversicherung von bestimmter Höhe, meistens 1000 Dollar, die den Anverwandten beim Tode oder dem Sparer auch nach zehnjähriger Sparrücklage ausbezahlt wird. Diese Spareinlagen, mit Lebensversicherung verknüpft, werden von den Banken besonders hoch verzinst. Im übrigen arbeiten die Banken nach den gleichen Grundregeln wie die privaten Banken, nur mit dem Unterschied, daß sie den Einlegern etwas höhere, und den Kreditnehmern etwas geringere Zinsen berechnen.

Für die besondere Art der Werbefähigkeit der Banken mag die nachfolgende Ankündigung als ein Muster angeführt werden, die den Arbeitern plakataufhängig vor Augen geführt wird:

Wärge dich nicht selbst ab mit deinem Kapital. Du mußt wissen, daß die privaten Banken mit deinem Gelde arbeiten, daß du diesen Banken auf 1 Dollar eigenes Bankkapital durch deine Einlage 12 Dollar für die Geschäfte der Bank dazuschickst. Auch die kleinste Landbank ist mit der größten Stadtbank verbunden und sendet ihr Kapital in die Großbanken in der Form von Beteiligungen oder in der Form kurzfristiger Kredite. Die großen Banken, die mit dem Kapital der Arbeiter arbeiten, haben sich die Kontrolle über die Eisenbahnen, die Kohlenzechen, die Textilfabriken und über fast alle Schlüsselindustrien des Landes gesichert. Zwölf New Yorker Banken beherrschen 92 Eisenbahnlinien, d. h. 1/3 aller Bahnen, und 22 Großbanken kontrollieren die Betriebe, die diese Bahnen mit Material aller Art versorgen. 11 Banken sind die vorherrschendsten Feinde der gewerkschaftlichen Organisation. Sie bekämpfen jede Lohn-erhöhung und wollen die gewerkschaftliche Organisation zerschlagen. Jeder Dollar, den du einer privaten Bank in Verwahrung gibst, stärkt die Macht, die gegen die Arbeiterkämpfe kämpft.

Wärge dich nicht selbst ab mit deinem Kapital. Bringe es zu deiner eigenen Bank. Denke daran, daß das Bankkapital jede Industrie des Landes kontrolliert. Die Hand, die einen Bankcheck ausstellt, regiert die Welt. Die Arbeiterschafft kann sie selbst registrieren, wenn sie ihre Ersparnisse an ihre eigenen Banken trägt.

Aufgabe der Arbeiterbanken ist es nicht, selbst große Gewinne zu machen, sondern in erster Linie das Arbeiterkapital zu konzentrieren und es im Interesse sowohl der Produzenten als auch der Konsumenten zu bewirtschaften. „The bank with a soul“, d. h. die Bank mit einer Seele, das ist die Devise der Arbeiterbanken. Ihre Politik ist darauf eingestellt, Kredite zu geben, die Produktionunterstützungen zum Wohle der Arbeiter zu fördern und den Profiteuren zu bekämpfen. Die Kredite der Arbeiterbanken sollen nach den aufgestellten Grundregeln nur zum Einkauf und zur Produktion lebenswichtiger Güter gegeben werden. Diese Güter müssen im Preise so gestaltet sein, daß bei großem Umsatz der kleinmögliche Nutzen erzielt wird. Zwischenhändler erhalten keine Kredite. Dafür werden alle Arten von gemeinnützigen Gesellschaften vorzugsweise unterstützt. 500 solcher Genossenschaften und 100 Produktionsunternehmungen, die ausschließlich im Besitz der industriellen Arbeiter sind, sind die Hauptstützen für die Bankpolitik der Arbeiter. Diese Bankpolitik ist aber auch streng darauf eingestellt, die dauernde Beschäftigung der Arbeiter sicherzustellen und die Kaufkraft des Lohnes durch eine gesteigerte Güterproduktion zu heben. Der Einfluß auf diese Entwicklung der Wirtschaft wird in dem Maße steigen, in dem die Arbeiterbanken sich zu einer wirtschaftlichen Macht entwickeln können sie dieses? — so wurde Dr. Max Cales von der Arbeiterschafft in Minneapolis gefragt. Er antwortete: „Sie können es. Leicht! Wenn von 20 Millionen Arbeitern jeder einen Dollar in der Woche spart (das ist der 4. Teil des Wochenlohnes eines New Yorker Mannes, d. Verf.) und diesen Dollar regelmäßig bei der Arbeiterbank einahlt, dann würde die ganze Zivilisation in den nächsten fünf Jahren anders aussehen.“

Grundsätzliches des Arbeitgebers.

Ein sehr wichtiger Gesichtspunkt ist immer noch die Arbeitszeitfrage, was jeder von der Arbeiterschafft in sehr vielen Fällen verkennt. Die Arbeitgeber wollen grundsätzlich zur Fortdauer der Arbeitszeit zwingen, ja noch darüber hinaus das Recht haben, die Arbeitszeit nach ihren Wünschen zu verlängern. In sehr vielen Fällen werden die Bestimmungen der Arbeitgeber durch Handlungen einzelner Arbeiter verletzt. Demnach ändern sich die kommunikativen Gesetzmäßigkeiten zur Erhaltung des Arbeitsstandes nicht. Nur feste, einheitliche Werte der Arbeiterschafft unter Einwirkung der Kaufkraft und gesetzlicher Bestimmungen, unter Zustimmung der Gewerkschaften sind ein zureichendes Mittel gegen das Anstreben der Arbeitgeber. Die grundsätzliche Zielsetzung der Arbeitgeber zur Arbeitszeitfrage geht aus einem Schreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände an einen Mitgliedsverband hervor:

Wir sind nach wie vor eigenem Schicksal über die Arbeitszeitfrage, was jeder von der Arbeiterschafft in sehr vielen Fällen verkennt. Die Arbeitgeber wollen grundsätzlich zur Fortdauer der Arbeitszeit zwingen, ja noch darüber hinaus das Recht haben, die Arbeitszeit nach ihren Wünschen zu verlängern. In sehr vielen Fällen werden die Bestimmungen der Arbeitgeber durch Handlungen einzelner Arbeiter verletzt. Demnach ändern sich die kommunikativen Gesetzmäßigkeiten zur Erhaltung des Arbeitsstandes nicht. Nur feste, einheitliche Werte der Arbeiterschafft unter Einwirkung der Kaufkraft und gesetzlicher Bestimmungen, unter Zustimmung der Gewerkschaften sind ein zureichendes Mittel gegen das Anstreben der Arbeitgeber. Die grundsätzliche Zielsetzung der Arbeitgeber zur Arbeitszeitfrage geht aus einem Schreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände an einen Mitgliedsverband hervor:

Stunden tag niemals zugunsten einer schrittweisen Arbeitszeitverlängerung preisgeben, während aber auch diese Firma, wie Herr Dr. Bösch mehrfach ausgesprochen hat, das Recht für sich in Anspruch nehmen muß, im Bedarfsfalle unbedingte von Betriebsratsbestimmungen oder staatlichen Bestimmungen auch über diese regelmäßige Arbeitszeit hinaus arbeiten zu lassen.

Anschließend an diesen Brief schreibt die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände in ihren Mitteilungen:

Wir hätten das weitere hier auf den Abschnitt Arbeitszeit in unserem letzten Jahresbericht verweisen.

Daß die Gewerkschaften im Frühjahr dieses Jahres unabhängig von den Bemühungen in der Frage des Arbeitszeitgesetzes und der Klassifikation eine Gegenoffensive zur Wiedererlangung des Achtstundentages gemacht haben, steht fest. Ebenso steht aber fest, daß diese Gegenoffensive im ganzen mißlungen ist. Das eine war lebhaft einmündig zu erkennen, daß das Reichsarbeitsministerium und die Schlichter geneigt sind, in gewissem Umfang den von uns mühsam erkämpften Status wieder zugunsten der Gewerkschaften preiszugeben. Die Gründe für diese Einstellung des Reichsarbeitsministeriums haben wir im Zusammenhang mit der Spezialfrage der Überstundenzuschläge vor kurzem an die Mitgliederverbände mitgeteilt. Wir fassen sie dahin zusammen, daß das Reichsarbeitsministerium offenbar bemüht ist, die Praxis der Arbeitszeitregelung heute schon zum Teil unter Preisgabe des im Jahr 1924 erreichten Status dahin zu treiben, daß die Anpassung des künftigen Gesetzes an das Washingtoner Abkommen erleichtert wird. Denn daß das Reichsarbeitsministerium entschlossen ist, dem endgültigen Arbeitszeitgesetz einen Inhalt zu geben, der dem Washingtoner Abkommen in der auf der Berner Arbeitsministerkonferenz gefundenen Auslegung entspricht, ist außer Zweifel. Es muß dabei die Frage offen gelassen werden, ob die geplante neue Konferenz der Arbeitsminister, die in London stattfinden soll, nicht doch noch zu gewissen Änderungen und Erneuerungen des Washingtoner Abkommens im Sinne größerer Elastizität der Handhabung in der Praxis führt. Diese Möglichkeit allein sollte uns in unserer deutschen Arbeitszeitpraxis schon veranlassen, an dem mühsamen und gegen Gewerkschaftsdogmatik erreichten derzeitigen Stand nicht das geringste zu ändern.

Es kommt hinzu, daß die volle Auswirkung des Dawes-Abkommens heute nicht zu übersehen ist und man deshalb noch in keiner Weise beurteilen kann, ob auch die unmittelbar vor dem Kriege in organischer und gesunder Wirtschaftsentwicklung erreichte Arbeitszeit der heutigen Lage der deutschen Wirtschaft noch entspricht, um die für unsere wirtschaftliche Existenz notwendigen Arbeitskräfte zu liefern. Gerade diese Erwägungen führten ja bekanntlich dazu, daß wir uns vor kurzem in der ersten amtlichen Ansprache im Reichsarbeitsministerium über ein neues Arbeitszeitgesetz gegen neue Gesetzespläne und vor allem auch gegen die Klassifikation ausprägen, bevor die Auswirkungen des Dawes-Abkommens und die dadurch begründete Wirtschaftslage völlig zu überblicken ist.

Daß wir in jeder von unseren Organen für geeignet erkannten Weise auch diese Gedanken nach außen hin und nicht zuletzt mit ernstlichen Ermahnungen auch in unseren Mitgliedsverbänden vertreten, glauben wir nach den unseren Mitgliedsverbänden ja bekannten Arbeiten der Vereinigung auf diesem Gebiet als bekannt unterstellen zu können.

Die Arbeitgeber hatten im Jahre 1924 Teilerfolge. Der Erfolg der Arbeitgeber war aber nur möglich auf Grund der Zersplitterungsarbeit der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften. Die sozialpolitische Einstellung der Arbeitgeber geht dahin, daß alle unproduktiven Ausgaben gespart werden müssen, darunter fallen Sozialanlagen für Kran und Kinder, Weiterbildung oder wesentliche Einschränkung des Erholungsurlaubes, Einschränkung der Entschädigungen, die auf Grund des § 616 BGB, kurzlich festgelegt sind. Koalitionsfreiheit soll vorhanden sein, die aber nicht zu Koalitionszwang ausarten dürfte, d. h. es muß auch ein bevorzugter Platz vorhanden sein für solche Personen, die sich vom Arbeitgeber kaufen und im gegebenen Falle als deren getreue Helfershelfer gegen ihre Kameraden verwenden lassen.

Ein besonderes Recht zum Streiken kann nicht anerkannt werden. Der Streik gäbe keinen Rechtfertigung, sondern sei ein kassächliches Machtmittel. Damit sind selbstverständlich Forderungen verbunden, die auf einen Schutz der Rechte der Arbeitgeber, der Streikbrecher, hinauslaufen. Die Tarifverträge werden zwar nicht direkt abgelehnt, aber eine von staatlichen Zwangsmaßnahmen freie Tarifpolitik gefordert. Bezugs- oder gar Reichsstarifverträge sind ihnen ein Dorn im Auge. Werkstarife sollen zugelassen und, wenn anders nicht möglich, auch mit den Gewerkschaften abgeschlossen werden. Das währungs- und wirtschaftsrechtliche Ausmaß und Hinanstreben der Löhne soll endlich unterbunden werden. Daß das Hinanstreben der Unternehmer die Regierungstellen beeinflusst hat, beweist, daß ähnliche Jaderjäger nicht mehr bekanntgegeben werden, damit Vergleiche der Forderungen in Bezirken und Städten nicht möglich sind. So kehren die Arbeitgeber zu ihrem Rechtsstandpunkt — Herr im Hause zu bleiben — zurück, und ihr weiteres Bestreben geht dahin, die Rechte der Betriebsräte nach dem Betriebsrätegesetz wesentlich zu beschneiden, um ebenfalls die Vorkriegszeit wieder zu erreichen, wo zwar die Arbeiterverbände gehört werden konnten, aber nichts zu sagen hatten.

Aber trotz aller grundsätzlichen Einstellung der Arbeitgeber werden ihnen die Wärme nicht in den Himmel wachsen. Wenn auch die staatlichen Behörden unter der gegenwärtigen arbeitereindlichen Rechtsregierung die Forderungen der sozialwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände weitgehend unterliegen, so wird doch die Arbeiterschafft bei Entschlossenheit und Einigkeit allen grundsätzlichen Scharfmaßnahmen einen Stich durch die Rechnung machen. Für die Arbeiterschafft gibt es nur eine Stärkung der freien Gewerkschaften! Schreiber.

Aus der Industrie

Gesetzliche Judenrechte

Der Kampf um den Ammoniakmarkt.
In den letzten Monaten ist der Preis für flüssiges Ammoniak stark gesunken. Das Rio Ammoniak kostete 2 Mark, fiel auf 1,50 Mark und steht jetzt auf 1,25 Mark. Die Badische Anilin- und Sodafabrik war bisher alleinige Herstellerin von flüssigem Ammoniak. Sie hatte durch Vereinbarung die Werke, die bislang flüssiges Ammoniak herstellten, zur Einstellung der Produktion veranlaßt und überließ ihnen die zur Befriedigung ihrer Ammoniakbedürfnisse Mengen nach einem bestimmten Schlüssel.

Seit kurzer Zeit stellt die Rombacher Halde auf der Jecher „Concordia“ flüssiges Ammoniak her und bringt es auf den Markt. Die Badische Anilin nahm dagegen sofort den Kampf auf, indem sie die Preise senkte, um den neuen Betrieb unrentabel zu machen. Der Kampf wird aber voraussichtlich durch die Preislenkung allein nicht entschieden, denn am flüssigen Ammoniak ist ein gutes Geld zu verdienen, und die Rombacher Halde kann sich, wenn sie in den Ammoniakmarkt kommen will, einen Finanzkampf schon einmal leisten.

Die Deutsche Bergwerks-Zeitung wirft die Frage auf, ob der Kampf wohl bis zu Ende durchgeführt oder ob es zu einer Jecherarbeit zwischen beiden Werken kommen wird. Sie hält das letztere für wahrscheinlich, wenn auch die Verhältnisse

für die Badische Anilin insofern günstig liegen, als ihre Ammoniak-Anlagen größer als die der Rombacher Halde sind und sie deshalb lieferfähiger ist. Außerdem ist die Rombacher Halde nicht in der Lage, den Bedarf an flüssigem Ammoniak voll zu decken, also den Markt vollwertig zu füllen.

Nach Angabe der Bergwerks-Zeitung ist der Verkaufspreis im Verhältnis zu den Selbstkosten außerordentlich hoch, so daß ein starker Spielraum für die Preislenkung vorhanden ist. Nach Angabe der Industrie- und Handelszeitung betragen die Selbstkosten pro Kilo nur 1 Mk., während der Verkaufspreis auf 2 Mk. stand. Man sieht daraus, wie die Verbraucher ausgebeutet werden, wenn die Konkurrenz fehlt oder durch Vereinbarung ausgeschaltet wird. Erst hat die Badische Anilin durch gedrückte Preise die übrigen Ammoniak erzeugenden Werke wie Kunheim u. Ko. und andere zu einem Vertrag gezwungen, nach Abschluß des Vertrages durch unberechtigt hohe Preise sich und den Vertragspartnern unberechtigte Gewinne zugeschanzt und nun muß sie einen Konkurrenten erleben, der sie zwingt, wenn sie auch in Zukunft den Markt beherrschen will, die Preise um 38 Prozent herabzusetzen.

Flüssiges Ammoniak dient in erster Linie zur Herstellung von künstlichem Eis. Es wird in großen Mengen von Eisfabriken, Brauereien usw. bezogen. Der hohe Preis des Ammoniaks hat also weite Verbraucherkreise stark belastet. Trotzdem behauert die Bergwerks-Zeitung, daß der Konkurrenzkampf sich in einen Preiskampf auswirkt. Ihrer Auffassung nach könnte der Kampf ohne direkte Preisherabsetzung durchgeführt werden, wenn die Badische Anilin ihren Vorsprung, den ihr der große Besitz von Stahlflaschen, die zum Transport des flüssigen Ammoniaks notwendig sind, gewährt, voll ausnützt. Zum Transport von 20 Kilogramm Ammoniak sind Stahlflaschen zum Preise von 40 Mk. pro Stück vorzuziehen. Die Badische Anilin verfügt über einen ungeheuren Vorrat solcher Flaschen, der viele Tausende umfaßt. Die Rombacher Halde hat sicher noch keinen genügenden Flaschenbestand und muß für Ergänzung desselben große Summen aufwenden, die durch Leihgebühren an die Verbraucher amortisiert werden müssen. Die Badische Anilin hat ihre Flaschen wohl im allgemeinen abgeschrieben, so daß der Kampf auf Kosten der Leihgebühren wohl ausgedient werden kann. Der Verbraucher kommt dadurch in keine andere Lage, denn auch durch Nichtberührung oder Herabsetzung der Flaschenmiete sinkt der Preis. Die Bergwerks-Zeitung will mit ihren Ausführungen aber erreichen, daß der offizielle Preis für Ammoniak nicht herabgesetzt wird, weil eine spätere Erhöhung des Preises mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist und evtl. den Profit der jetzt feindlichen Sträber schmälern könnte. Wenn die Industrie- und Handelszeitung und die Deutsche Bergwerks-Zeitung, beides einflussreiche Organe, zu diesem Konkurrenzkampf Stellung nehmen, der auch Unbeteiligten Einblick in die Preisgestaltung gewährt, müssen schon weitere Interessen als nur die der Badischen Anilin davon berührt werden. Es darf nicht vergessen werden, daß auch die Badische Anilin zu den Betrieben gehört, die angeblich die hohe Lohnbelastung und den Achtstundentag nicht tragen können, während in diesem einen Falle einmal bekannt wird, daß sie an ihren Produkten 100 Prozent des gesamten Gesellschaftspreises verdient.

Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen.

Wie im „Proletarier“ bereits mitgeteilt, suchen die thüringischen Arbeitssachverständigen für die Kallbergwerke. Was da alles versprochen, aber von den Unternehmern nicht gehalten wird, ist kanakalös, und die Arbeitssachverständigen verlieren ihren guten Namen. Das Thüringische Landesamt verschickte an die Arbeitssachverständigen folgendes Schreiben:

Thüringisches Landesamt Weimar, den 20. Mai 1925.
für Arbeitsvermittlung. Kallstraße 12. — Fernspr. Nr. 1657.
Eg. Nr. 840/25.

Betrifft: Kall-Bergarbeiterbedarf in Thüringen.

Die Kall-Industrie im Werratal und in der Rhön hat außerordentlich großen Bedarf an Arbeitskräften. Wenn deutsche Arbeiter nicht in genügender Anzahl beschafft werden können, muß einem bereits vorliegenden Antrage auf Genehmigung zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitern entsprochen werden.

Um die Zuwanderung von Ausländern zu verhindern, bitten wir mit möglichster Beschleunigung die Ihnen angeschlossenen Arbeitssachverständigen auf diesen Arbeiterbedarf aufmerksam machen zu wollen.

Aber die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind folgendes zu sagen:

gearbeitet wird täglich 8 Stunden. Der Schichtlohn beträgt für Hauer 4,85 Mk., für Lehrhauer 4,65 Mk. und für Förderleute 2,5 Mk. Für Fran und Kinder werden pro Schicht je 10 Pf. Zuschlag gezahlt, dazu kommt ein Kohlenzuschlag pro Schicht mit 12 Pf. Es wird im Akkord gearbeitet, und schwankt dabei der Verdienst zwischen 5 und 8 Mk. pro Schicht. Die Verheiratheten erhalten alle 14 Tage und die Ledigen alle vier Wochen freie Fahrt zum Besuch der Angehörigen. Der Fahrpreis wird auch gezahlt, wenn die Heimreise unterbleibt. Solchen Arbeitern, denen vom Arbeitssachverständigen oder vom Wohlfahrtsamt kein Reisegeld zum Arbeitsantritt gezahlt worden ist, erstattet das Werk das Reisegeld nach 14tägiger Arbeitsdauer.

Die Unterbringung erfolgt in den umliegenden Ortschaften oder in den den Werken gehörigen Ledigenheimen. Es wohnen in den Ledigenheimen mehrere Arbeiter in einer Stube zusammen. Es gibt ein kräftiges und reichliches Mittagessen und Kaffee nach Bedarf. Für Wohnung, Mittagessen und Kaffee sind täglich 60 Pf. zu zahlen.

Die Arbeit ist schwer, aber lange nicht so schwer als in den Kohlenbergwerken oder in den Steinbrüchen. Die Wärme beträgt an den Arbeitsstellen ca. 28 Grad, so daß die Förderleute nur mit der Hoje und den Schuhen bekleidet arbeiten; die anderen Arbeiter tragen noch Jacke und Hut. Die Luft ist trocken und fahrig. Deshalb gibt es anfangs großen Durst. Eine möglichst große Schiffsflasche (etwa 1 1/2 Liter Inhalt) gehört zu den unerlässlichsten Ausrüstungsgegenständen. Nach der Ausfahrt haben die Leute auch Kleben zu tun.

Die Werke sind im Begriff, Familienwohnungen zu bauen, die verheirateten Bergleuten zur Verfügung gestellt werden sollen. Es hat keinen Zweck, Leute nach dort zu senden, die nicht den festen Willen besitzen, zu arbeiten. Sie müssen auch bereit sein, kleine Unbequemlichkeiten mit in den Kauf zu nehmen.

Wir bitten wegen Überweisung von geeigneten Arbeitskräften mit dem öffentlichen Arbeitssachverständigen, Nebenstelle Wacha (Rhön), durch den vereinbarungsgemäß alle Einstellungen von Arbeitskräften für die in Wacha liegenden Kallbergwerke erfolgen, unmittelbar in Verbindung zu treten.

Das thüringische Landesamt für Arbeitsvermittlung. gez. Olla.

